

recht der Verfügung der Berliner Genossen vorenthalten, und so konnte es nicht fehlen, daß gar manche Maßnahme, die sich darauf bezog, in Berlin Mißstimmung erregte. Das kam wiederholt auf Parteitag zu Ausdruck, ohne daß jedoch zunächst am Rechtsstand etwas geändert wurde. Als aber 1897 auf dem Hamburger Parteitag das Parteistatut wiederhergestellt wurde, das nach dem Kollerstreich vorübergehend außer Kraft gesetzt worden war, ward, gemäß einem vom Parteivorstand mit den Berliner Delegierten vereinbarten Antrag, dem § 17 des Statuts, der vom „Vorwärts“ handelt, folgender Satz eingefügt:

„Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben, wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf. Einwände der Preßkommission sind dem Parteivorstande zur Erledigung zu unterbreiten. Von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Preßkommission vor der Entscheidung Mitteilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen.“

Zwei Jahre später, als der Parteitag zu Hannover das Parteistatut abänderte, erhielt dieser Paragraph, nun § 18, eine neue Fassung, die das Recht der Berliner noch erweitert. Es heißt darin: „Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition.“ Danach war die Preßkommission dem Parteivorstand in bezug auf den „Vorwärts“ in jeder Hinsicht als gleichberechtigt zur Seite gestellt, was noch besonders durch einen Schlusssatz verdeutlicht wird, der für Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteivorstand und Preßkommission die Heranziehung der Kontrollkommission mit der Bestimmung vorschreibt, daß in solchen Fällen jedes der drei Organe je eine Stimme haben solle.

Bei dieser Verteilung der Vollmachten ist es alsdann verblieben.

Der Redaktionsstab des „Vorwärts“ erfuhr im Laufe der Zeit manchen Wechsel. Wilhelm Liebknecht, der bis zu seinem im August 1900 erfolgten Tode Chefredakteur war, brauchte bald einen politischen Redakteur neben sich, der imstande war, ihn zu vertreten, wenn Pflichten der Agitation ihn aus Berlin fortrieben. Diese Kraft ward in Bruno Schoenlank gefunden, der aber schon im Jahre 1894 Berlin mit Leipzig vertauschte und die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ übernahm. An seine Stelle trat Adolph Braun, und ein Jahr später ward in Georg Ledebour ein weiterer politischer Redakteur gewonnen. Als letzterer 1897 wieder austrat, ward seine Stelle durch Georg Gradnauer ersetzt, und als die preussische Regierung 1899 Adolph Braun als „lästigen Ausländer“ auswies, ward Kurt Eisner sein Nachfolger. Eisner und Gradnauer wurden nach Wilhelm Liebknechts Tod im Jahre 1900 die Redakteure des politischen Hauptteils des „Vorwärts“, doch war dies keine eigentliche Chefredaktion, vielmehr wurde nun die Leitung des Blattes kollegialisch von der Gesamtheit der Redakteure geregelt. Der Stab der Redakteure des politischen Teils ward damals durch Heinrich Ströbel vermehrt, und Redaktionsmitglied für Volkswirtschaftsfragen ward an Stelle Conrad Schmidts, der mehrere Jahre dies Gebiet bearbeitet hatte, Heinrich Cunow.